

der Freitag

Die Wochenzeitung

»freitag.de

Partner von
The Guardian

9. Dezember 2021
49. Ausgabe
Deutschland 4,50 €
Ausland 4,90 €



Nur so besiegen wir Corona

Die Pandemie muss
weltweit enden, sonst
endet sie nie s. 6/7

Das grüne Anhängsel

Ampel Olaf Scholz will technischen Wandel, keinen Umbau der Gesellschaft. Die Grünen werden es in der Koalition schwer haben

■ Albrecht von Lucke

Seit Mittwoch, dem 8. Dezember, ist es nun amtlich: Die Ära Merkel ist vorbei, Olaf Scholz regiert das Land. Und mit dem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“ hat das neue Ampelbündnis gleich hoch gegriffen, in Anlehnung an Willy Brandts legendäres „Mehr Demokratie wagen“ von 1969. Auf den ersten Blick zeigt sich der emanzipatorische Aufbruch allerdings nicht. Denn das Gesicht dieser Ampel sind drei Männer – Kanzler Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner. Und nimmt man das Scholz'sche Versprechen – „Frauen sollen die Hälfte der Macht im Kabinett haben“ – genau, dann hat er auch hier nicht geliefert. Von 17 Kabinettsposten inklusive Kanzler sind nur acht mit Frauen besetzt.

Doch Schluss mit der Beckmesserei. Bemerkenswert ist dagegen, dass die drei traditionell harten Ressorts, Verteidigung, Innen- und Außenministerium, alle mit Frauen besetzt sind, letztere sogar beide zum ersten Mal. In einer nach wie vor patriarchalisch geprägten Gesellschaft ist dies durchaus wagemutig, zumal sowohl Annalena Baerbock als die Frau im Außenamt wie auch die hessische SPD-Chefin Nancy Faeser als Innenministerin ihre Posten ohne Exekutiverfahrung übernehmen. Hier dürfte sich schon der Stil erheblich ändern. Kaum vorstellbar, dass Faeser wie einst der „rote Sheriff“ Otto Schily den Polizeiknüppel schwingen und die harte Frau markieren wird. Auch Baerbocks Auftreten dürfte sich sehr von dem ihrer Vorgänger unterscheiden, ob allerdings zum Vorteil des Landes in diesen geopolitisch gefährlichen Zeiten bleibt abzuwarten.

Überhaupt besticht das Kabinett in erster Linie durch seine Unerfahrenheit. Ist

also das neue Personal durchaus nicht ohne Risiko, geht Scholz dafür inhaltlich ganz auf Nummer sicher. Hatte er noch vor den Koalitionsverhandlungen mit großen Worten eine „sozial-ökologisch-liberale Koalition“ versprochen, bekommen wir jetzt vor allem eine sozialliberale, mit kleinem grünen Annex.

„Der gemeinsame Konsens dieser Regierung besteht nicht darin, überall Verzicht zu predigen – das tun wir gar nicht –, sondern auf technologischen Fortschritt und dynamisches Unternehmertum zu setzen“, lautete Scholz' zentraler Satz auf dem SPD-Parteitag zur Verabschiedung des Koalitionsvertrags. Mit dieser Definition von Fortschritt macht Scholz ganz klar: Mit einer

Klimakanzler? Das war Wahlkampf. Jetzt ist er Bundeskanzler

gesellschaftlichen Transformation, die über eine rein technologische hinausgeht, ist mit ihm nicht zu rechnen. Mit alternativen Technologien in einem der leistungsfähigsten Industrieländer der Welt eine klimaneutrale Ökonomie zu schaffen und so der Welt ein Beispiel zu geben, das ist das Motto des Kanzlers. Zugleich gibt er damit keinerlei Antwort auf die Frage, wie dies ohne Verzicht und Einschränkungen erreichbar sein soll, nämlich über die ja gerade angestrebte Wirkung eines erheblich teureren CO₂-Preises, etwa im Bereich von Flug- oder Kreuzfahrtsreisen.

Als getreuer Schüler von Angela Merkel agiert Scholz stets nach dem Leitmotiv „keine Zumutungen“. Und entpuppte sich damit, zur Freude der FDP, in den Verhandlungen als ein **Sozialliberaler reinsten Wassers**, ganz in der Tradition des Nur-Pragmatikers und Anti-Visionärs Helmut Schmidt – allerdings ohne dessen brillante, schneidende

scharfe Rhetorik, aber dafür ebenso knallhart in der Sache.

Was sich bereits nach den Sondierungen abzeichnete, hat sich daher am Ende bewahrheitet: Die Grünen konnten ihre Anliegen, die am weitesten in die Zukunft reichen, am wenigsten durchsetzen. Die SPD hat mit Mindestlohn und sicherer Rente die eigenen Essentials im Vertrag untergebracht, die FDP dafür ihre sämtlichen Verhandlungspositionen – keine neuen Steuern, keine Schulden, keine Bürgerversicherung, kein Tempolimit. Lindner wird die Kassen dicht halten und der neue Verkehrsminister Volker Wissing dafür sorgen, dass aus der von den Grünen angestrebten Verkehrs- lediglich eine Antriebswende wird: ein gewaltiges Konjunkturprogramm durch die Umstellung der gesamten Automobillflotte von Verbrenner- auf E-Motoren. Immer mit Scholz' Zustimmung als **technokratischen Wachstumsbefürworter**. Denn sein wichtigstes Ziel ist glasklar, die **Wiederwahl 2025. Und dabei können Belastungen der eigenen Klientel nur schaden.**

Für die Grünen wird es daher in den nächsten vier Jahren sehr schwer werden. Sie vor allem müssen mit ihren Kernressorts – Klima, Umwelt, Landwirtschaft – die eigentliche Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft stemmen. Da kommt sehr viel Arbeit auf den neuen Superminister Habeck zu. Zumal die Ausbootung Anton Hofreiter zugunsten des außenpolitisch versierten, aber als Landwirtschaftsminister fachfernen Cem Özdemir die Vorfreude der Parteielken auf das Ampelbündnis nicht gerade gesteigert hat.

Umso mehr käme es eigentlich auf eine starke Führung des selbsterklärten „Klimakanzlers“ an. Doch das war nur Wahlkampf, jetzt kommt die Machtprobe. Und wenn Scholz nun im Kabinett seinen berühmten Satz bemühen sollte, „Wer bei mir Führung bestellt, der kriegt sie auch“, dürfte das ganz schnell wie eine Drohung klingen – allerdings nicht für die Opposition, sondern für die Grünen.

Albrecht von Lucke ist Jurist, Politologe sowie Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik

„Ich bin für Friedrich Merz“

Kristina Schröder
über Feminismus
und die CDU
Kultur S.17



FOTO: OLIVER RUETHER/LAIF



Olaf Scholz und die Macht

Wie der
neue Kanzler
seine Politik
durchsetzen wird
Politik S.3

ILLUSTRATIONEN: DER FREITAG; MATERIAL: GETTY IMAGES; ISTOCK

Elsa Koester ärgert sich über die Folgen fehlender Daseinsvorsorge

Die Impfpflicht ist eine Bankrotterklärung. Die Politik hätte sie verhindern müssen

Jetzt kommt also der Olaf Scholz, oberster Pragmatiker, und regelt das: Impfpflicht. Erst soll der Bundestag sie für das medizinische Personal beschließen, im Februar dann für alle. Keine roten Linien. Tun, was getan werden muss. Bestimmt finden das viele gut – auch und gerade all die Zögerlichen, Trägen, Trotzigern: Grummel, na gut, dann mache ich das halt. Endlich nimmt mal jemand das Zepter in die Hand. Jetzt wird regiert. Dabei bedeutet die Impfpflicht das Scheitern jeden Regierens.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich sehe es ein. Womöglich ist eine Impfpflicht in dieser Situation nicht mehr zu vermeiden. Einen weiteren Lockdown kann man den Kindern gewalttätiger Eltern, den Cafébesitzern, Restaurantangestellten und Kurzarbeiterinnen nicht antun. Schimpfen Sie mich ruhig ultraliberal, aber ich finde trotzdem: Der Staat sollte niemanden zwingen, sich ein Serum in den Körper zu pressen. Wir sind schließlich keine Untertanen. Sondern Bürgerinnen. Was ich also vorschlage?

Ich schlage vor, dass der Staat lernt, wirklich souverän zu handeln. Seine Aufgabe ist nicht, seinen zwei Kindern, die sich darum kloppen, ob das eine sich nun eine Spritze reinjagen oder das andere zu Hause bleiben muss, die Entscheidung abzunehmen. Der Bundeskanzler ist nicht Papa Scholz. Der Bundeskanzler ist Regierungschef. Er koordiniert und verantwortet die Aufgabe, die Bedürfnisse der Bevölkerung so zu organisieren, dass die Geschwister gar nicht erst die Prügelei anfangen. Das Zauberwort nennt sich Daseinsvorsorge.

Da-seins-vor-sorge: die staatliche Aufgabe, alle Güter und Leistungen bereitzustellen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind. Ein vorsorgender Staat hätte so einiges tun müssen. Er hätte bereits im Juli Impfteams in die Pflegeheime losschicken und alle Bürgerinnen zur dritten Impfung einladen müssen. Er hätte die Patente für die

Impfstoffe freigeben müssen, damit die Bevölkerung im Globalen Süden geimpft werden kann – aus postkolonialer Verantwortung für die Weltgemeinschaft und um das Risiko gefährlicher Mutationen zu verringern. Er hätte Krankenhäuser subventionieren müssen, um sie vom Kostendruck des „Wettbewerbs“ im Gesundheitssystem zu befreien. Er hätte auf diese Weise vielleicht Vertrauen gewonnen, das ihm jetzt bei bis zu 30 Prozent der Bevölkerung fehlt.

Das alles haben unsere Regierungen nicht getan. Sie haben sich geweigert, für unser Dasein vorzusorgen. Warum? Weil es Geld gekostet hätte, wirklich vorsorgend zu handeln. Dafür hätte investiert werden müssen. Die Regierungen der vergangenen zwanzig Jahre haben nicht investiert, sondern gespart. Und die Ampel? Sie plant – zaghaft – Investitionen. Die Pflege soll unterstützt werden, ein Personalschlüssel eingeführt, Krankenhausplanung und Gesundheitsdienste reformiert. Das klingt alles noch sehr vage, und das ist es auch. Die Frage, wie souverän ein Kanzler Scholz ist, wird sich daran messen, was seine Regierung hier umsetzt. Ganz pragmatisch.

Zugegeben, für die aktuelle pandemische Lage nützt all diese Kritik an bisherigen Versäumnissen wenig. Doch es gibt noch immer Alternativen zur Impfpflicht. Eine Pflicht zur Impfberatung etwa, mit anschließender Möglichkeit zur Impfung. Auf diese Weise lässt die Staatsgewalt ihre Finger von jenem Teil ihres Hoheitsgebiets, in dem sie nichts zu suchen hat: den Körpern seiner Bürger. Zwingt er sie aber, statt sie zu lenken, stellt sich die Frage: Wie stark radikalisiert sich Menschen, wenn ihnen ein Serum in den Körper hineingezwungen wird, das sie als giftig erachten?



4 9
Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVSStk. A04188
Entgelt bezahlt



Wie aktuell Märchen sein können, zeigt die Lyrik von Rose Ausländer und Nora Bossong **S.21**

„Das war übel!“

Im Gespräch Paparazzi jagten Kristina Schröder nach der Geburt ihrer Tochter, 2013 hörte sie als Ministerin auf. Haben es Frauen in der CDU schwerer?

In ihrem neuen Buch *Freisinnig* schreibt Kristina Schröder, dass Empörung nicht ihre „Kernkompetenz“ sei. Daran sei schon ihr Pressesprecher verzweifelt, damals, als sie noch Familienministerin unter Angela Merkel war. „Sie müssen einfach empört sein!“, habe der ihr vor jedem Weltfrauentag gesagt – und sei auf taube Ohren gestoßen. Jetzt konkurrieren drei Männer um den Vorsitz der CDU. Stört sie das wirklich nicht? Immerhin landet man immer wieder bei ihr, wenn es um Frauen in der Union geht. Hier vertritt sie, wen von den Kandidaten sie unterstützt – und ob sie beim nächsten Mal vielleicht doch selbst antreten wird, wenn der Chefessel im Konrad-Adenauer-Haus mal wieder frei wird.

der Freitag: Frau Schröder, sind Sie eigentlich Feministin?
Kristina Schröder: Kommt drauf an, wie man das definiert. Wenn damit „Gleichberechtigung“ gemeint ist, dann bin ich eine. Aber in Deutschland versteht man darunter „Gleichstellung“, in der Regel Parität – und das ist so gar nicht meins. Chancengleichheit am Start ja, Ergebnisgleichheit am Ziel nein. **Eine Ihrer ersten Amtshandlungen im Ministerium war, die Abteilung für „Gleichstellung“ in „Gleichberechtigung“ umzubenennen...**

Nein! Das war nur eine Überlegung von mir. Aber dann habe ich dort in so entgeisterte Gesichter geblickt, dass ich diesen Kampf nicht auch noch aufgenommen habe. Vielleicht war das ein Fehler. Das hätte gleich am Anfang für Klarheit gesorgt, wie ich tickte. **Sie haben damals das Betreuungsgeld vorangetrieben. Das war als „Herdprämie“ verschrien, weil Frauen dadurch ermutigt wurden, nicht arbeiten zu gehen. Würde ich komplett bestreiten! Alle Eltern von ein- und zweijährigen Kindern hatten die Wahl: Nehme ich den Kita-Platz, worauf ich auch den Rechtsanspruch eingeführt habe und der durchschnittlich mit 1.000 Euro monatlich vom Staat bezuschusst wird – oder die 150 Euro Geldleistung und organisiere die Kinderbetreuung privat. Sie selbst haben während Ihrer Amtszeit ein Kind bekommen. Damals stand ein Paparazzo der „Bild“ vor dem Krankenhaus.**

Ja. Danach hat man netterweise bei meiner Pressestelle angerufen und gesagt: Wir wollten Sie nur vorwarnen – das wird morgen gedruckt. **Ist das nicht frauenfeindlich? Hätte man bei einem Mann doch nie gemacht.** Ach, kommen Sie! Jetzt tun wir mal nicht so. Ich habe mir doch auch die Bilder von Herzogin Kate angeguckt, wie sie aus dem Krankenhaus gekommen ist. Eine Frau ist nach der Geburt eben spannender als ein Mann. Ist ihr Bauch noch dick? Solche Neugier ist doch menschlich. **Aber haben nicht auch männliche Kabinettskollegen mal Kinder bekommen?** Lassen Sie mich mal überlegen, ob mir einer einfällt. Hm. Ja, Daniel Bahr! Der wurde Vater während seiner Amtszeit. **Standen bei dem auch Fotografen vor dem Krankenhaus?** Nee, glaube nicht. Obwohl der auch in der Charité war, soweit ich weiß. Aber ich würde da nicht

so eine Mann-Frau-Kiste draus machen. Erinnern Sie sich mal an Karl-Theodor zu Guttenberg. Der hat sich damals auch ohne Ende privat inszeniert. **Der wollte das aber auch. Das ist ja der Ehrenkodex unter Hauptstadtjournalisten: Solange die Politiker ihr Privatleben nicht selber thematisieren, ist es tabu!** Stimmt, dieser Konsens wurde bei mir ziemlich ausgereizt. Ich habe damals mit Kai Diekmann von der *Bild* darüber gesprochen. Der hat sinngemäß geantwortet: Wenn die Familienministerin eine Familie gründet, dann ist das politisch. **Finden Sie das auch?**

„Feministin bin ich nicht. Es gibt kein kollektives Interesse aller Frauen“

Ich verstehe schon, was er meint. Andererseits wird ein Gesundheitsminister auch nicht gefragt, welche Vorsorgeuntersuchung er schon gemacht hat (*lacht*). **Sie mussten am Tag Ihrer Hochzeit sogar die Kirche wechseln, weil Paparazzi davor warteten...** Ja, das war übel. **Nach einer Legislaturperiode haben Sie 2013 dann aufgehört als Ministerin. Mehr Zeit für die Familie, das war Ihnen wichtiger.** Genau. Ein Jahr vorher hatte ich Angela Merkel deswegen im Bundestag beiseitegenommen. Sie meinte, sie fände es gut, dass ich es ihr gesagt habe. Aber sie könne mir nur raten, darüber zu schweigen. **Wäre es nicht Ihr Job als Familienministerin gewesen, dafür zu sorgen, dass man Beruf und Familie unter einen Hut kriegt?** Als Ministerin kriegt man Beruf und Familie unter einen Hut. Man verdient gut, kann sich eine Kinderfrau leisten... **Wieso haben Sie dann aufgehört?** Weil ich das unter diesen Bedingungen nicht wollte. Als Ministerin musste ich drei von vier Sommerurlauben unterbrechen. Acht Wochen nach der Geburt meiner Tochter bin ich wieder voll eingestiegen – da war sie noch ein Säugling. Übrigens sind Abgeordnete die einzige Berufsgruppe, die kein Recht auf Elternzeit hat. Dann kam meine Tochter in die Kita und ich hatte mir zur Eingewöhnung extra eine Woche freigehalten. Just am ersten Tag wurde ein *Spiegel*-Titel veröffentlicht: „Die Familienpolitik in Deutschland ist gescheitert“ oder so ähnlich. Ich habe stundenlang in der Umkleidekabine der Kita gestanden und telefoniert. Meine Kommunikationsstrategie mit Konrad-Adenauer-Haus und Kanzleramt abgesprochen... **Bei Annalena Baerbock wurde auch viel darüber geredet, wie sie die Kinderbetreuung organisiert.** Ja, da habe ich letztes mit meiner Mutter drüber gestritten. Die meinte, das ginge ja gar nicht, als Außenministerin hätte Baerbock gar keine Zeit mehr für ihre Kinder.



FOTOS: SCHMIDT STUDIOS FOR DER FREITAG, ADOBE STOCK (OBEN)

Ich habe ihr dann gesagt: „Mami, das geht uns nichts an!“ **In der CDU hat man das Problem nicht. Da kandidieren ausschließlich Männer für den Parteivorsitz. Ist es jetzt, wo Merkel weg ist, vorbei mit Frauen in der Union?** Das ist auch so eine seltsame Betrachtungsweise. AKK hat sich 2018 gegen zwei Männer durchgesetzt. Es gibt Karin Prien, die sehr profilierte Bildungsministerin in Schleswig-Holstein. Für das Amt des Parteichefs kandidieren jetzt halt drei Männer. Aber ich kann da keine Regelmäßigkeit erkennen. **Kennen Sie dieses Bild von Helge Braun, nachdem er seine „Mannschaft“ vorgestellt hatte? In der Mitte steht er, daneben Serap Güler und Nadine Schön. Die eine will er zur Generalsekretärin machen, die andere zur Leiterin der „Programm- und Strukturentwicklung“ – was immer das ist.** Na, die Programm-Kommission. Das ist schon eine wichtige Sache! **Okay, aber das Bild war doch verheerend: Der bullige Mann verteilt großzügig Posten an seine Mädchen. Wie bei Kohl damals...** Gerade weil ich Nadine Schön gut kenne, weiß ich, wie gut sie ist.

Aber ich verstehe, was Sie meinen. Bei der SPD war das aber doch viel krasser! Als die ihren Mitgliederentscheid über die Parteispitze gemacht haben, waren da überall Männer: Scholz, Pistorius, Stegner, Lauterbach. Die waren verzweifelt auf der Suche nach einer Partnerin. Weil es ja unbedingt eine Frau sein musste. Soweit ich mich erinnere, war Gesine Schwan die Einzige, die aus eigener Kraft da oben stand. **Geschick von Ihnen – aber bleiben wir mal bei der Union. Warum kandidiert Güler nicht selbst?** Dafür kenne ich sie nicht gut genug, um das zu beurteilen. Ich

Kristina Schröder, 44, war von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 2020 ist sie „Botschafterin“ der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Mit Andreas Rödder leitet sie die bürgerliche Denkfabrik Republik21. Ihr neues Buch *Freisinnig* ist im Claudius-Verlag (183 S., 18 €) erschienen

nehme an, da spielen persönliche Gründe eine Rolle. Das ist ja wirklich ein „Mörderjob“. Der ist anstrengender als jedes Ministeramt. **Der CDU-Vorsitz ist anstrengender als jedes Ministeramt?** Vielleicht nicht jedes. Aber als Ministerin sind Sie terminlich flexibler. Da können Sie auch mal sagen: Wenn die Veranstaltung nicht auf nachmittags gelegt werden kann, dann komme ich von 18 bis 19 Uhr. Und um 19.02 Uhr saß ich dann wirklich im Auto. Das können Sie mit 16 souveränen Landesverbänden nicht machen. **Nicht zu kandidieren, das sind also individuelle Entscheidungen der CDU-Frauen? Dass wir es hier mit einer Partei zu tun haben, die zu drei Vierteln männlich ist, spielt keine Rolle?** Jetzt basteln Sie wieder so ein Männlich-weiblich-Ding daraus. Ich glaube ja, dass es kein objektives politisches Interesse gibt, das man nur deswegen hat, weil man eine Frau ist. Vielleicht ein paar Punkte, weil man Kinder bekommen kann und eher Opfer von physischer Gewalt wird. Darüber hinaus sehe ich kein kollektives Interesse der Geschlechter.

Na ja, ich dachte nur: Diese ganzen Männer mit dunklem Schlips, die 16 Jahre lang Merkel nicht losgeworden sind. Jetzt kommt halt die männliche Reaktion der CDU. Ich bitte Sie! Schauen Sie sich doch mal Helge Braun und Norbert Röttgen an: Das ist doch nun wirklich keine „Reaktion“... **Es gibt ja noch Friedrich Merz.** Ja, der ist der Einzige, der den Kurs der Union wirklich ändern will. **Unterstützen Sie die Kandidatur?** Hm. Da muss ich jetzt überlegen, ob ich Ihnen das sagen will. **Ja, kein Stress.** Ich glaube, wir brauchen jetzt eine Partei, die inhaltlich profilierter auftritt und selbstbewusst eigenständige Positionen formuliert. Deswegen bin ich für Friedrich Merz, ja. Er bringt auch etwas mit, was in der CDU ziemlich verloren gegangen ist: Spaß an der weltanschaulichen Auseinandersetzung.

„Röttgen und Braun? Das ist doch keine ‚Reaktion‘ – schauen Sie sich die an!“

Das können Sie laut sagen: Merz hat 1997 im Bundestag dagegen gestimmt, dass Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand wird...

Ja. In diesem Punkt haben sich die Konservativen geirrt. Aber Friedrich Merz ist gesellschaftspolitisch viel liberaler geworden. Ich habe zum Beispiel nicht das Gefühl, dass er noch ein Problem mit der „Ehe für alle“ hat. Sie können ihn ja mal fragen.

Es gab auch eine Frau, die gerne CDU-Vorsitzende geworden wäre: Sabine Buder. Die wurde aber nicht einmal von ihrem eigenen brandenburgischen Kreisverband unterstützt.

Die hatte auch keinerlei bundespolitisches Profil. Daran wäre ein Mann genauso gescheitert.

Kennen Sie Buder? Nö. Sie? **Nein. Ich bin nicht in der CDU.** Na ja, es kann ja auch sein, dass das eine Gute ist. Aber sie kannte halt fast keiner in der Partei. **Wenn die CDU im nächsten Jahr die Landtagswahlen verliert – im Saarland, in NRW und Schleswig-Holstein –, dann muss wieder jemand für den Vorsitz her. Das könnte Ihre große Stunde sein!** Ich werde darauf in letzter Zeit gelegentlich angesprochen. Und ich bin froh, immer noch eine politische Stimme zu haben – mit meiner Kolumne in der *Welt* zum Beispiel. Aber in meiner jetzigen Lebenssituation, mit drei kleinen Kindern, kann ich mir das wirklich nicht vorstellen. **Peer Steinbrück hat auch mal gesagt, dass er nicht Kanzler werden wolle. Ein paar Jahre später hat er dann doch kandidiert.** Ja, dann fragen Sie mich in 20 Jahren noch mal!

Das Gespräch führte Dorian Baganz